

Flümann, Gereon (Hrsg.):  
**Umkämpfte Begriffe.**  
 Deutungen zwischen De-  
 mokratie und Extremismus.  
 Bonn: Bundeszentrale für  
 politische Bildung 2016,  
 360 Seiten, € 4,50.



Wenn die AfD die „Wiederherstellung der Demokratie in Deutschland“ fordert, sollten die Alarmglocken läuten. Was verstehen Extremisten und Populisten unter Demokratie, als deren wahre Hüter sie sich ausgeben? Die Umwertung der Werte ist unter Gegnern einer freien Gesellschaft weit verbreitet, stößt darüber hinaus aber auf eine gefährliche Ignoranz. Insofern ist die Wichtigkeit des von der Bundeszentrale für politische Bildung editierten Bandes kaum zu unterschätzen. Das Buch analysiert 13 „umkämpfte“, aber elementare Begriffe und Begriffsfamilien. Warum ausgerechnet „Extremismus“ nicht eigens diskutiert wird, bleibt ein Rätsel. Auch kommt ein keineswegs irrelevanter Unterschied so gut wie nicht zum Tragen: Manche Begriffe sind bereits in ihrer Bedeutung umstritten (Demokratie, Freiheit, Gleichheit), andere lediglich in ihrer Deutung (Wahlen, Frieden, Antifaschismus). Gerade Erstere aber sind für die Gesellschaft, in der wir leben (wollen), konstitutiv, während man die weniger sensible zweite Gruppe getrost dem alltäglichen, in einer Demokratie notwendigen politischen Streit überlassen kann.

Nicht alle Beiträge berücksichtigen neben Links- und Rechtsextremismus

auch den Islamismus. Die meisten nehmen lediglich die heute einflussarmen „harten“ Varianten des politischen Extremismus (Nationalsozialismus, Kommunismus) in den Fokus, während Phänomene wie die AfD oder die Linke unterbelichtet bleiben. Eine löbliche Ausnahme bildet Steffen Kailitz, der die bedenkliche Ambivalenz des Freiheitsverständnisses der beiden „semidemokratischen“ (S. 132) Parteien herausstreicht. Die Autoren, die sich mit den Fundamentalbegriffen befassen, sind sich jedenfalls einig: Extremisten ordnen demokratische Werte ihren ideologischen Dispositionen unter. Bestritten wird entweder die allgemeine (Rechtsextremismus) oder die überpolitische Gültigkeit (Linksextremismus) dieser Normen. Wer etwa Gleichheit – siehe den Beitrag Hans-Gerd Jaschkes – nur für Angehörige des eigenen Volkes gelten lässt oder sie in der sozialen Variante so überhört, dass alle anderen demokratischen Prinzipien wertlos sind, kann sich kaum als Demokrat ausweisen.

Cas Mudde trennt in seinem einleitenden Beitrag zum Extremismus in Europa (harte) Extremisten von (weichen) Radikalen. Während die einen „den Glauben an Volkssouveränität und das Mehrheitsprinzip“ (S. 38) ablehnten, beließen es die anderen bei der Aversion gegen liberal-demokratische Normen. Diese Unterscheidung fordert Widerspruch heraus, nicht nur weil der Begriff der Volkssouveränität selbst höchst umstritten ist: Extremisten sehen sie erst in einer, sei es nach Rasse oder Klasse, gleichgeschalteten Gemeinschaft erreicht, deren „Interessen“ mit den Interessen der Herrschenden zusammengezwungen werden. Das wäre eine Diktatur. Andererseits – darauf verweist Uwe Backes – findet die Volkssouveränität

dort ihre Grenzen, wo staatliche Institutionen die individuellen Freiheiten schützen. Demokratie lebt von Pluralismus und Meinungsstreit, doch gerade der ist „in den etablierten Demokratien oft unbeliebt“ (Eike-Christian Hornig, S. 27). Wasser auf die Mühlen der AfD, die, ähnlich der Linken und vordergründig vom grenzenlosen Vertrauen in Volkes Stimme beseelt, nach mehr direkter Demokratie ruft. Allenfalls indirekt kommt in dem Band zum Ausdruck, dass solche Forderungen nicht automatisch auf mehr Demokratie, sondern auf eine Schwächung des repräsentativen Systems aus sind, also danach trachten, das Haupthindernis auf dem Weg zu einer homogenen, antipluralen Gesellschaft zu beseitigen.

Thomas Meyer zieht in seinem Beitrag über Sozialismus diskussionswürdige Grenzen. Er nimmt Marx und die europäischen Linksparteien aus der Schusslinie. Marx' Lehre sei keine „unmittelbare Quelle des Marxismus-Leninismus, einer Herrschaftsideologie, die extremistisch genannt werden kann, sofern sie Menschenrechte und Demokratie negiert“ (S. 263). Meyer ordnet das Kommunistische Manifest und die Utopie einer Diktatur des Proletariats, in denen andere Autoren des Readers gerade einen Beleg für Extremismus sehen, der demokratischen Sphäre zu. Die Linksparteien verwendeten zwar das „ambivalente Vokabular“ der Systemtransformation, ihr Grundverständnis sei jedoch „eindeutig demokratisch“ (S. 272).

Samuel Salzborns Beitrag zum Geschichtsbegriff kapriziert sich auf den (vermeintlichen) Antisemitismus unter Linksextremisten. Salzborn blickt durch die Brille der Antideutschen, wenn er deren ideologischen Gegnern, den Antiimperialisten, ein „völkisches Weltbild“

(S. 332) unterstellt. Das ist starker Tobak und hätte einer genaueren Begründung bedurft. Direkte Judenfeindschaft ist unter Linksextremisten äußerst selten. Dem insgesamt gelungenen Band hätte angesichts der populistischen Welle eine Analyse der Begriffe im aktuellen politischen Diskurs gutgetan. Der abstrakte Beitrag Ulrich Sarcinellis leistet dies leider nicht.

DR. JÜRGEN P. LANG,  
BAYERISCHER RUNDFUNK, MÜNCHEN



Münch-Heubner, Peter L.:  
Sanfter Paternalismus:  
Entstehung, Geschichte und  
Gegenwart des Sozial- und  
Interventionsstaates Australien,  
Frankfurt a. M. / Bern /  
New York: Verlag Peter Lang  
2017, 378 Seiten, € 69,95.

Im deutschen und europäischen Kontext wird häufig kaum wahrgenommen, wie politisch und sozioökonomisch fortschrittlich Australien und Neuseeland sind. So wurde beispielsweise in Australien schon in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts das allgemeine Wahlrecht (für Männer) ohne Zensusbeschränkungen eingeführt; bereits seit 1902 dürfen auch Frauen im Commonwealth of Australia wählen. Wie die vorliegende Studie von Peter L. Münch-Heubner, eine überarbeitete und aktualisierte Version seiner wirtschafts- und